

Wieder Rekordergebnis für den Kanton Zug

Der Kanton Zug schliesst trotz schwierigerem Umfeld mit einem Rekordergebnis ab. Der Ertragsüberschuss der Jahresrechnung beträgt 332 Millionen Franken. Insbesondere die höheren Erträge bei den Kantonssteuern und die höhere Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank haben dazu beigetragen.

Grosse Herausforderungen waren auch dieses Jahr zu verkraften. So waren kurz nach Jahresbeginn die Versorgung und Unterbringung der Schutzsuchenden aus der Ukraine sicherzustellen. Hinzu kamen Inflation, geändertes Zinsumfeld, die drohende Energiemangellage, ein Fachkräftemangel sowie beeinträchtigte Lieferketten, welche einen solchen Ertragsüberschuss nicht erwarten liessen. Finanzdirektor Heinz Tännler hält fest: «Die Zuger Wirtschaft als auch die Kantonale Verwaltung bewältigten diese vielfältigen und sehr anspruchsvollen Aufgabenstellungen bravourös und zeigten sich anpassungsfähig. Auch dank der guten politischen Rahmenbedingungen bot sich der Zuger Wirtschaft ein gutes Umfeld, welches sich weiterhin auf die positive Entwicklung des Kantons auswirkt.»

Hohe Steuererträge

Die Fiskalerträge und der kantonale Anteil an der direkten Bundessteuer lagen um insgesamt 76,9 Millionen Franken über dem Budget. Finanzdirektor Heinz Tännler führt dazu aus: «Dafür verantwortlich sind



Für Finanzdirektor Heinz Tännler haben die Zuger Wirtschaft und auch die Kantonale Verwaltung sich als anpassungsfähig gezeigt. Foto: zvg

bei den natürlichen Personen vor allem Sondereffekte und steuerstarke Zuzüge. Bei den juristischen Personen ist die positive Entwicklung auf zeitlich verzögerte Mehrerträge aus der Steuer- und AHV-Revision (STAF), welche im Jahr 2020 in Kraft getreten ist, zurückzuführen. Zum sehr guten Ergebnis hat zudem die SNB beigetragen. Finanzdirektor Heinz Tännler: «Mit 59,4 Millionen Franken hat die SNB eine Sechsfachausschüttung vorgenommen. Budgetiert war eine zweifache Ausschüttung.» Der Gesamtaufwand von rund 1,6 Milliarden Franken fiel um 10,8 Mil-

lionen Franken höher aus als im Budget vorgesehen. Höhere Bundesbeiträge fingen ertragsseitig diese Aufwendungen grösstenteils auf. Finanzdirektor Heinz Tännler ergänzt: «Mit der Beteiligung am «Härtefallprogramm 2022» des Bundes und den Restzahlungen aus dem auslaufenden Härtefallprogramm konnten rund 12,9 Millionen Franken als A-fonds-perdu-Beiträge ausbezahlt werden.»

Weniger Investitionsausgaben

Die Investitionsrechnung weist Nettoaufgaben von 85,9 Millionen Franken aus und liegt durch Projektverschiebungen und Verzögerungen um 16,1 Millionen Franken unter dem Budget.

Hervorragende Bilanzstruktur

Auf der Aktivseite ist das Verwaltungsvermögen aufgrund der getätigten Nettoinvestitionen abzüglich der Abschreibungen um 10,1 Millionen Franken auf 519,3 Millionen Franken angestiegen. Das Finanzvermögen nahm um 178,0 Millionen Franken ab und beläuft sich auf 2,4 Milliarden Franken, wovon rund 2 Milliarden Franken als flüssige Mittel und Festgelder vorhanden sind. Auf der Passivseite umfasst das Fremdkapital von 985,7 Millionen Franken in erster Linie die laufenden Verbindlichkeiten, die per Jahresende noch nicht fällig waren, sowie passive Rechnungsabgrenzungen. Das gesamte Eigenkapital des Kantons Zug hat um 325,9 Millionen Franken zugenommen und beläuft sich per Jahresende auf 1,9 Milliarden Franken. PD

CS-Debakel und die Teppichetage zockt weiter ab

Das CS-Debakel ist einfach nur beschämend und ein weiteres Versagen der Kontrollmechanismen auf dem Bankenplatz Schweiz. Jeder fragt sich, wie es soweit kommen konnte. Schauen wir doch mal genau hin. Vor genau 10 Jahren stand die CS-Aktie noch bei rund 24 Franken, im Jahr 2017 noch bei 15 Franken, 2019 noch bei 12 Franken und heute noch bei 0,81 Franken. Somit ist die CS-Aktie um 97 Prozent in 10 Jahren abgestürzt. 10 Jahre ist eine Menge Zeit die nicht genutzt wurde, in der Teppichetage der CS aufzuräumen. Debakel und weitere Anzeichen für ein grosses Desaster gab es zu Genüge. In die Pflicht nehmen müsste man da die FINMA, die Politik und vor allem die dekadente CS-Führung. Gerade die Führung der Bank schien es nicht zu in-

teressieren, wie die Crédit Suisse wirklich da steht. Ganz im Gegenteil. Man überbot sich Jahr für Jahr mit Boniauszahlungen. In den letzten fünf Jahren hatte die CS-Führung für sich und die Teppichetage, neben ihren regulären Löhnen, über 25 Milliarden Boni ausbezahlt. Wenn man sich diese Zahl ansieht, ist es nicht nur dekadent, sondern auch selbstverliebter Egoismus. Getrost dem Motto: «Das dumme Schweizervolk bezahlt ja eh unsere Eskapaden, weil wir zu gross um zu fallen sind.»

Somit kann also jede Grossbank, welche global vernetzt ist, einfach tun und lassen was sie will ohne Rücksicht auf Verluste. Das ist eine absolute Schweinerei. Es ist weder die Aufgabe noch die Pflicht des Schweizer Volkes, für solche Privatbanken

und ihre ungetreuen Geschäftsführungen geradzustehen. Somit ist es auch nicht legitim, dass die UBS aus der Portokasse 3 Milliarden für die kaputte CS-Bank bezahlt, aber der Schweizer Staat die Garantien von über 100 Milliarden übernehmen muss. Damit schaffen wir ein riesiges Bankmonster. Wenn dann in Zukunft die UBS in Schräglage geraten sollte, kann die Schweiz nicht mehr aushelfen und würde selbst in den Bankrott getrieben. Daraus resultiert das Bruttoinlandprodukt der Schweiz von 750 Milliarden nicht mehr aus. Die UBS hat selbst ein BIP von 1,5 Billionen könnte nicht mehr gerettet werden. Solche Abhängigkeiten sind für die Schweiz und ihre Bevölkerung die grösste Gefahr.

Heiri Kuhn, Oberägeri

Insel der Glückseligen

Wir haben in der Schweiz den Kontakt zur Aussenwelt verloren. Jahrzehnte unseres Erfolgs und Wachstums haben das Gefühl geprägt, dass wir auf einer Insel der Glückseligen leben. Die Irrungen und Wirrungen in Europa und dem Rest der Welt haben dieses Gefühl stets bestärkt. Die politische Stabilität, sozialer Frieden, direkte Demokratie, Multikulturalität, Neutralität sowie die regionalen unterschiedlichen Eigenheiten wie Basler Fasnacht, Berner Zibelemärit oder Fete des Vignerons überrückten so manchen politischen und wirtschaftlichen Fehler in der Vergangenheit. Statt diese Fehler kritisch zu hinterfragen, haben wir uns immer stärker auf unserer Insel eingegelt. Letztlich kommunizieren wir im Innern aber vor allem nach Aussen im-

mer weniger. Warum tun wir, was wir tun? Das, was man selbst für richtig hält, was sonst? Wer ist damit gemeint: Industriekapitäne von Banken und anderen Unternehmen sowie der Bundesrat und dessen Verwaltungseinheiten.

Die jeweiligen Tsunamis überrollen immer öfter und ohne Vorwarnung unsere Trauminsel. Die jeweils in letzter Sekunde errichteten Schutzmassnahmen werden in den Medienkommunikés von Politik und Wirtschaft stets als alternativlos dargestellt. In der Pandemie, Energie- und Finanzkrise werden willkürlich die Regeln unseres Zusammenlebens mit Notrecht ausgehebelte. All unsere Stärken und unser gemeinsames Werteverständnis werden über Bord geworfen. Der Vertrauensverlust in unsere Institutionen ist

mittlerweile mehr als offensichtlich und lässt sich in den jeweiligen Wahl- und Stimmbeteiligungen der Bürger ablesen.

Diesem Vertrauensverlust können wir nur entgegenwirken, indem wir uns nicht länger als Insel oder Sonderfall in der Mitte von Europa verstehen. Wir als Bevölkerung müssen uns nun gemeinsam mit der Politik, Wirtschaft und Wissenschaft folgenden Fragen stellen: Wie gut geht's uns wirklich? Wie blicken wir auf unsere Nachbarn und vor allem wie kommunizieren wir mit ihnen? Welche Verantwortung haben wir angesichts unseres Wohlstands, und was müssen wir tun, um das Erreichte zu erhalten, auch auf eine noch breitere Basis in der Gesellschaft zu stellen?

Oliver Heiler, Unterägeri

Die Feier zum Jubiläum ist berechtigt

Die Geopolitik ist in einem unglaublichen Umbruch. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion vor über dreissig Jahren und nachfolgender Emanzipation der osteuropäischen Staaten freuten wir uns alle auf die friedliche Weiterentwicklung in Europa. Sie fand tatsächlich statt. Die Volkswirtschaften prosperieren, der Wohlstand und die Freiheiten breiteten sich aus. Egal, ob wir die Europäische Union mögen oder nicht, die Schweiz, wir, sind mittendrin und profitieren von dieser sehr kraftvollen, positiven Entwicklung. Seit drei Jahren sind wir stärker gefordert. Die Corona-Pandemie beeinflusste unser tägliches und soziales Leben unmittelbar. Kaum konnten wir aufatmen, brach mit dem aggressiven Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, der grösste Krieg seit dem zweiten Weltkrieg in Europa aus.

In diesem Fahrwasser schlagen die Energiepreise massiv auf. Bei den Stromkosten kann ich dies überhaupt nicht nachvollziehen, das Lorenzwasser und die Turbinen in der Hölle sind immer noch dieselben. Die Inflation stieg und die Negativzinsen sind Geschichte. Nun sträucheln die Banken und wir sorgen uns um unser Ersparnis. In diesem Kontext macht der Bund in Sachen Kriegsmaterialexporte eine heuchlerische Figur.

Dieses Jahr begeht der Kantonsrat das Jubiläum «150 Jahre Kantonsrat im Zuger Kantonsratsaal». Ist eine solche Feier im Angesicht der geo-



Patrick Rössli. Foto: zvg

politischen Verwerfungen opportunistisch? Sie ist berechtigt. Wir erinnern uns an die Errungenschaften unserer Vorfahren. Im Nachgang des Sonderbundskriegs, die letzte Schlacht fand an der Aussengrenze des Kantons Zug, in Gisikon statt, setzte sich General Guillaume-Henri Dufour für die Versöhnung ein. Der Verlierer, wir, die Innerschweizer Kantone wurden in den neuen Bundesstaat (fast) partnerschaftlich eingebunden. Der Kanton Zug errichtete demokratische Strukturen, erbaute ein feudales Gebäude für den Regierungsrat und Kantonsrat. Seither nutzen und leben wir in der Balance von Macht und Diskussion. Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung lässt sich seither im Kanton Zug eindrücklich sehen.

Patrick Rössli
Kantonsrat Stadt Zug, Die Mitte

Ist die GLP zu links? Für mich nicht

Ich war 30 Jahre Mitglied einer bürgerlichen Partei und auch in leitenden Funktionen auf kantonaler wie gemeindlicher Ebene aktiv. Nach meinem Austritt habe ich nach einem längeren «Sabbatical» die Positionspapiere der für mich noch in Frage kommenden Parteien gelesen und so den Entscheid eines Beitritts zur GLP gefällt. Ich kann aus eigener Erfahrung bestätigen, dass der Anschein einer linken Tendenz der GLP nicht korrekt ist, speziell nicht im Kanton Zug. Sie hängt von der individuellen politischen Perspektive ab, wie aber auch von der Rhetorik der anderen Parteien. Eine etablierte Partei, will ja ihre jetzigen Stammwähler an den Polen nicht verlieren und so wird jeweils nach links und rechts rhetorisch ausgeschlagen. Es gibt aber mit Sicherheit kantonale Unterschiede. Jede pragmatisch politisierende kantonale Partei hat eine Ausrichtung, die zu einem grossen Teil die jeweilige Bevölkerung repräsentiert. Das ist auch gut so. Zug ist nicht Jura und Zürich ist nicht Nidwalden. Einige könnten argumentieren, dass die Positionen mit Betonung auf sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit die GLP näher an der politischen Linken positioniert, während andere argumentieren könnten, dass ihre wirtschaftsliberalen Ansichten sie näher an der politischen Rechten positioniert. Es stimmt bis zu einem gewissen Punkt beides.

Die politische Positionierung der GLP ist in der Regel als liberal und progressiv zu sehen, wobei der Fokus auf Nachhaltigkeit und Umweltschutz sowie auf wirtschaftlichen Fortschritt und Innovation liegt. Hier ein paar Beispiele:

Die AHV-Reform haben wir unterstützt, die nicht zielführende 99 Pro-



Patrick Spreng. Foto: zvg

zent Initiative haben wir abgelehnt, die Frontex-Vorlage haben wir unterstützt, die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge haben wir begrüsst, die CO2-Vorlage haben wir befürwortet., die Vorlage zum Vaterchaftsurlaub haben wir unterstützt, die Vorlage zur Trinkwasserinitiative haben wir befürwortet., das Klimaschutzgesetz befürworten wir, die OECD-Vorlage unterstützen wir. Was ist nun links und was ist nun rechts? Für mich sind es jeweils pragmatische Voten. Das ist der Grund, warum ich bei der GLP bin. Letztendlich ist die politische Positionierung jeder Partei subjektiv und kann je nach Kontext und Perspektive unterschiedlich sein. Dies stelle ich in meinem privaten Umfeld nach meinem Parteiwechsel des Öfteren fest. Fakt ist, meine persönlichen politischen Anliegen haben sich nicht verändert, mit Sicherheit aber die Gewichtung gewisser Themen. Ich persönlich bin für eine liberale Wirtschaftspolitik, eine offene Gesellschaft und einen Willen, welcher Sorge zur Umwelt trägt und Benachteiligten ein würdiges Leben erlaubt.

Patrick Spreng
Generalsekretär GLP Kanton Zug